

## Pressemitteilung

25.06.2025

### **Rukwied: Mehr Politikwechsel wagen**

Deutscher Bauerntag 2025 – Grundsatzrede von DBV-Präsident Joachim Rukwied

(DBV) In seiner Grundsatzrede zum Auftakt des Deutschen Bauerntages 2025 in Berlin bekräftigt der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, die dringende Notwendigkeit eines echten Politikwechsels: „Die neue Bundesregierung ist gefordert zu liefern. Tiefgreifende Umbrüche, geopolitische Unsicherheiten sowie der fortschreitende Klimawandel fordern nicht nur unsere Wirtschaft und Gesellschaft heraus – sie verlangen auch von der Politik ein Umdenken und zügiges Handeln. Wir müssen mehr Politikwechsel wagen!“

Entscheidend sei zudem, den Menschen wieder mehr Zuversicht zu geben. „Eine Politik, die zuhört, die Expertise aus der Praxis einbezieht und die Bevölkerung mitnimmt, schafft Vertrauen“, so der Bauernpräsident. „Ohne einen fairen Wettbewerb in der EU bleibt Deutschland kein starker Wirtschaftsstandort“, warnt Rukwied und betont weiter: „Wir Landwirtinnen und Landwirte fordern seit langem einen echten Abbau von Bürokratie sowie eine spürbare Entlastung für unsere Betriebe. Die Flut an Vorschriften und Dokumentationspflichten lähmt Innovation und Investitionsbereitschaft.“

Insbesondere bei den Tierhalterinnen und Tierhaltern sei die Unsicherheit groß. „Wir stehen zur Weiterentwicklung der Tierhaltung – aber dafür braucht es Planungssicherheit, Praktikabilität und eine verlässliche Finanzierung. Wenn der gesellschaftlich gewünschte Umbau der Tierhaltung tatsächlich stattfinden soll, dann muss dieser auch praxistauglich und förderfähig gestaltet werden“, unterstreicht der DBV-Präsident. Die nationalen Alleingänge der Vergangenheit seien laut Rukwied kontraproduktiv. Stattdessen müssten EU-weite Lösungen Vorrang haben.

Auch im Pflanzenbau seien die Herausforderungen aktuell groß. Aufgrund neuer Schaderreger und zunehmendem Extremwetter werden Technologieoffenheit und Innovationen, etwa durch neue Züchtungsmethoden, immer wichtiger. Beim Pflanzenschutz brauche es ein Ende deutscher Sonderwege und eine deutliche Verbesserung der Zulassungsverfahren. Insbesondere für den Sonderkulturbereich seien zudem faire Wettbewerbsbedingungen überlebenswichtig: „Unsere Obst-, Gemüse- und Weinbaubetriebe sind bereits jetzt durch hohe Kosten stark belastet. Um die heimische Erzeugung zu erhalten, braucht es dringend eine Sonderregelung beim Mindestlohn für die Landwirtschaft.“

Ein echter Politikwechsel sei laut Rukwied auch auf EU-Ebene erforderlich. „Wir Landwirtinnen und Landwirte sind überzeugte Europäer. Aber wir erwarten auch, dass die EU unsere Landwirtschaft als Rückgrat des ländlichen Raumes ernst nimmt“, so Rukwied. Die geplante Umstrukturierung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) dürfe die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nicht schwächen. „Die GAP braucht ein starkes, zweckgebundenes und inflationsangepasstes Budget“, fordert der Bauernverbandspräsident. Auch Gesetze wie die EU-Entwaldungsverordnung müssen überarbeitet werden, das Bodenüberwachungsgesetz darf gar nicht erst auf den Weg gebracht werden.

„Wir wollen nicht abwarten, wir wollen gestalten“, stellt Rukwied abschließend klar. Der Berufsstand biete an, noch mehr zu leisten beim Klimaschutz und für den Erhalt der Biodiversität. „Landwirtinnen und Landwirte sind Teil der Lösung – aber die Politik muss uns auch machen lassen“, so Rukwied. Entscheidend für die Landwirtschaft sei, dass endlich kooperative Ansätze anstelle von ordnungspolitischen Auflagen in den Fokus gerückt werden.

Autor	Deutscher Bauernverband
Rückfragen an	DBV-Pressestelle
Telefon	030-31904-240
Anschrift	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Copyright	DBV
E-Mail	<a href="mailto:presse@bauernverband.net">presse@bauernverband.net</a>
Homepage	<a href="http://www.bauernverband.de">www.bauernverband.de</a>
Facebook	@DieDeutschenBauern
Instagram	@diedeutschenbauern